WISSENSCHAFTSMINISTER
KONFERENZ

Stellungnahme der Wissenschaftsministerkonferenz

zur Wettbewerbsfähigkeit durch Forschung und Innovation

im Mehrjährigen Finanzrahmen der Europäischen Union

(2028–2034)

(Beschluss der Wissenschaftsministerkonferenz vom 09.07.2026
für die Kultusministerkonferenz)

SEKRETARIAT DER KULTUSMINISTERKONFERENZ

BERLIN · Taubenstraße 10 · 10117 Berlin · Postfach 11 03 42 · 10833 Berlin · Telefon +49 30 25418-499
BONN · Graurheindorfer Straße 157 · 53117 Bonn · Postfach 22 40 · 53012 Bonn · Telefon +49 228 501-0

Die Europäische Union steht vor der Aufgabe, ihre Wettbewerbsfähigkeit, technologische Souveränität, Innovationskraft und Resilienz in einem zunehmend von geopolitischen Spannungen und globalem Wettbewerb geprägten Umfeld zu stärken. Die Fähigkeit Europas, Wohlstand, Sicherheit und gesellschaftlichen Zusammenhalt langfristig zu sichern, wird maßgeblich davon abhängen, ob es gelingt, wissenschaftliche Exzellenz, Forschung und Innovation entschlossen zu fördern und im internationalen Vergleich eine Spitzenstellung einzunehmen.

Gerade im internationalen Wettbewerb mit anderen globalen Innovationszentren entscheidet die Stärke des europäischen Wissenschafts-, Innovations- und Bildungssystems über die Handlungs- und Zukunftsfähigkeit Europas. Eine freie Wissenschaft ist dabei zugleich die Grundlage einer offenen und demokratischen Gesellschaft. Vor diesem Hintergrund kommt dem nächsten Mehrjährigen Finanzrahmen (MFR) eine herausragende strategische Bedeutung zu. Er muss die Voraussetzungen dafür schaffen, dass Europa seine wissenschaftliche und technologische Leistungsfähigkeit ebenso wie seine Innovations- und Bildungskraft nachhaltig stärkt. Hierzu leisten das 10. EU-Rahmenprogramm für Forschung und Innovation („Horizont Europa“), der Europäische Wettbewerbsfonds (ECF) sowie Erasmus+ als zentrales Programm für Hochschulbildung, Mobilität und wissenschaftlichen Austausch einen unverzichtbaren Beitrag. Forschung und Innovation sind eine wesentliche Voraussetzung für die Bewältigung der großen Transformationsaufgaben Europas – von Klimaschutz und Energiewende über Digitalisierung und Gesundheit bis hin zu Sicherheit, Resilienz und technologischer Souveränität. Investitionen in Wissenschaft und Hochschulbildung schaffen die Grundlage für nachhaltige Wettbewerbsfähigkeit, technologische Souveränität und einen starken europäischen Forschungs- und Bildungsraum. Dies vorausgeschickt, begrüßt die Wissenschaftsministerkonferenz, dass von der Europäischen Kommission auch im kommenden MFR ein eigenständiges Rahmenprogramm für Forschung und Innovation sowie ein eigenständiges Erasmus+ Programm vorgesehen wurde.

Die ambitionierten Ziele Europas erfordern eine ebenso starke finanzielle Ausstattung. Der seit dem 11. Juni 2026 bekannte Vorschlag der zyprischen Ratspräsidentschaft setzt mit den darin enthaltenen Kürzungen für Forschungs- und Innovationsförderung vor diesem Hintergrund ein völlig falsches Signal. Dies betrifft auch die für das Erasmus+ Programm vorgesehenen Mittel. So kann die Leistungsfähigkeit der europäischen Wissenschafts- und Innovationslandschaft weder erhalten noch gesteigert werden. Die Wissenschaftsministerkonferenz bekräftigt deshalb mit Nachdruck ihre Forderung nach einem unabhängigen, finanziell ambitionierten und verlässlichen Rahmenprogramm für Forschung und Innovation, wie es auch in den dazu gehörigen Bundesratsbeschlüssen sowie den Expertenberichten von Draghi und Heitor dargelegt wurde.

Die Wissenschaftsministerkonferenz betont den hohen Stellenwert wissenschaftlicher Exzellenz als Grundprinzip europäischer Forschungsförderung. Sie erwartet, dass den Hochschulen auch künftig eine zentrale Rolle in der europäischen Forschungs- und Innovationsförderung zukommt. Dies erfordert insbesondere die vorgesehene substanzielle Stärkung des European Research Council (ERC), der Marie Skłodowska-Curie Actions (MSCA), der Forschungsinfrastrukturen, der Verbundforschung sowie

der hochschulbezogenen Instrumente des Europäischen Forschungs- und Hochschulraums. Die Förderung wissenschaftlicher Exzellenz und die Stärkung der Hochschulen sind dabei als eng verbundene Ziele zu verstehen. Die Wissenschaftsministerkonferenz verweist darauf, dass die Quote direkter Rückflüsse an Akteure in Deutschland bei Programmen mit einer exzellenzorientierten Mittelvergabe wie Horizont Europa deutlich höher liegt als bei Förderprogrammen in anderen Rubriken des MFR und gemäß Draghi-Report einen wichtigen Beitrag für die künftige wirtschaftliche Dynamik leistet. Deshalb fordert die Wissenschaftsministerkonferenz die Bundesregierung auf, sich bei den weiteren Verhandlungen für diese Bereiche prioritär einzusetzen.

Die Wissenschaftsministerkonferenz tritt mit Nachdruck dafür ein, dass Horizont Europa Förderausschreibungen für alle Disziplinen in allen Programm-komponenten und Phasen der Programmplanung angemessen berücksichtigt.

Angesichts der Bedeutung der Erasmus+ Mittel für die Internationalisierung der deutschen Hochschulen wird die Bundesregierung ebenso gebeten, sich dafür einzusetzen, dass das Erasmus+ Programm an den deutschen Hochschulen auf dem aktuellen Niveau fortgesetzt wird. Daneben müssen die Fördermöglichkeiten für Forschung und Innovation in der ersten Rubrik des MFR im Rahmen der neuen Nationalen und regionalen Partnerschaftsplänen (NRPP) in vollem Umfang erhalten bleiben.

Investitionen in Forschung und Entwicklung sollten ihren beabsichtigten Zweck erfüllen: Dafür ist eine enge Abstimmung zwischen den strategischen Zielsetzungen des ECF und dem Rahmenprogramm für Forschung und Innovation zentral.

Die Wissenschaftsministerkonferenz wird die weiteren Verhandlungen eng begleiten und ihre Positionen in die Beratungen auf Bundes- und EU-Ebene einbringen. Sie erwartet, dass die strategische Bedeutung von Forschung und Innovation sowie der Hochschulbildung für die Wettbewerbsfähigkeit, technologische Souveränität, Resilienz und den gesellschaftlichen Zusammenhalt in Europa im weiteren Verlauf der Verhandlungen ambitioniert berücksichtigt wird. Sie wird sich gemeinsam mit ihren Partnern dafür einsetzen, dass der nächste MFR den strategischen Plänen Europas als relevanter geopolitischer Akteur gerecht wird.